



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# Pressemitteilung

05.04.06

## Gas-Bürgschaft: Rossmann rügt MdB Schröder wegen falscher Unterstellungen

Verhaltenskodex für Regierungsmitglieder wünschenswert

Die rot grüne Bundesregierung hat keine Milliardenbürgschaft für eine Firma gewährt, deren Aufsichtsratschef nun Altkanzler Gerhard Schröder ist. Hierauf legt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneter Dr. Ernst Dieter Rossmann Wert, der damit den CDU Bundestagsabgeordneten Dr. Ole Schröder scharf angreift. „Gerade von einem Mitglied des Haushaltsausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses muss erwartet werden, dass er bei seiner Arbeit nicht mit Unterstellungen arbeitet.“ Tatsächlich sei es ein sehr normaler Vorgang, wenn deutsche Banken vom Staat Kreditgarantien für Projekte im Ausland bekommen, erst recht, wenn es sich wie bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau um eine staatliche Bank handelt. Dies sei handelsüblich und würde von seriöser Seite auch nicht ernsthaft in Frage gezogen werden. Auch sei es absolut normal, dass deutsche Geschäftsbanken wie

die Deutsche Bank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau Finanzierungsvorschläge für internationale Projekte erarbeiten würden, die sie sich durch Bürgschaftsverfahren absichern lassen wollten. Rossmann: „Das Bürgschaftsvolumen für Staatsbürgschaften liegt in Deutschland bei dreihundert Milliarden. Da muten manche Unterstellungen doch sehr merkwürdig an.“ Deshalb sei es auch gut, dass das Hamburger Landgericht dem FDP Vorsitzenden Westerwelle untersagt hat, weiter falsche Tatsachenbehauptungen aufzustellen. Rossmann: „Da ist es schon frivol, dass nur einen Tag nach diesem Gerichtsurteil der CDU-Abgeordnete Schröder die gleiche Behauptung aufstellt, die Herrn Westerwelle vom Gericht untersagt worden ist.“

Unabhängig hiervon setzt sich der SPD-Politiker für eine kritische Diskussion über den Wechsel aus politischen Ämtern in die Wirtschaft ein. Rossmann: „Wie bei Generalen und Spitzenbeamten muss es auch für Regierungsmitglieder ausreichende Wartezeit für einen Wechsel in die Wirtschaft geben.“ Der Abgeordnete spricht sich weiter dafür aus, dass es zu einer Begrenzung von Aufsichtsratsmandaten für Abgeordnete kommt. Außerdem müsse die Offenlegung von Nebeneinkünften und wirtschaftlichen Verbindungen schnellstens erfolgen, wie sie auch schon vom Bundestag beschlossen worden sei. Rossmann: „Scheinheilig sind allerdings insbesondere diejenigen konservativen Politiker, die Probleme im Grenzbereich zwischen Wirtschaft und Politik allein dem früheren Bundeskanzler und der rot-grünen Bundesregierung zuordnen, aber selbst ihre eigenen Fehler nicht sehen wollen. Wir brauchen hier eine faire und umfassende Gesamtkonzeption.“